

Blockade bei Transparenz

Die Veröffentlichung der Agrarsubventionen ist beschlossene Sache. Auf höchster politischer Ebene wurde Ende letzten Jahres vereinbart, dass bis spätestens 2009 alle Agrarsubventionen offengelegt werden müssen. Alle Bürger sollten erfahren, wer wofür wie viel Agrarsubventionen erhält. Doch das ist Schnee von gestern. Heute streiten sich die Mitgliedsstaaten und die EU-Kommission darüber, wie die Veröffentlichung genau zu erfolgen hat. Grundlage ist ein Vorschlag der Kommission vom 20. März 2007. Demnach sollen die Mitgliedsstaaten die Namen der Empfänger und die entsprechenden Agrarsubventionen aufgeschlüsselt nach Einkommensunterstützung, marktbezogenen Hilfen und ländlichen Entwicklungsprogrammen veröffentlichen.

Eine Minderheit, darunter Deutschland, Frankreich, Dänemark, Österreich, Irland, Slowenien und Rumänien, stellt sich quer. Nicht die Mitgliedsstaaten, sondern die Kommission soll die Agrarsubventionen veröffentlichen. Die Kommission blockt jedoch ab. Die Verhandlungen befinden sich in der Sackgasse. Die Transparenz droht politischen Grabenkämpfen zum Opfer zu fallen. Rückschritte statt Fortschritte bestimmen die Tagesordnung. Anstatt eine aussagekräftige Veröffentlichung von Agrarsubventionen voranzutreiben, verlieren sich die Parteien in Machtkämpfen über Zuständigkeiten. Die Tatsache, dass nur Gesamtbeträge veröffentlicht werden sollen, gerät dabei völlig in den Hintergrund.

Dabei hat die Agrarkommissarin Fischer Boel im letzten Jahr noch erklärt: „Die Menschen sollten wissen, wofür ihr Geld ausgegeben wird“. Ganz nach dem Motto „was kümmert mich mein Geschwätz von gestern“ verteidigt sie jetzt eine begrenzte Veröffentlichung. Der Steuerzahler könne immerhin nachprüfen, wie viel Geld ein Landwirt insgesamt im Jahr aus Brüssel erhalte. Bestehende Vereinbarungen vom letzten Jahr werden en passant gekippt. Die Bestimmung im Bereich der ländlichen Entwicklung, Name, Summe und Förderzweck offen zu legen, wird mit dem Kommissionsvorschlag ausgehebelt.

Lautstarke Verfechter einer aussagekräftigen Aufschlüsselung sucht man derzeit auf höchster politischer Ebene vergeblich. Nicht ohne Grund! Nächstes Jahr steht die Halbzeitüberprüfung der Europäischen Agrarpolitik an. Gleichzeitig werden die Ausgaben der EU im Jahr 2008/2009 auf den Prüfstand gestellt. Mit dem Kommissionsvorschlag wird eine grundlegende Debatte über die Zukunft der Europäischen Agrarpolitik ausgebremst. Der Bürger wird im Unklaren gelassen, ob die Gelder für die Massentierhaltung, für Exportsubventionen für Milch oder für den ökologischen Landbau eingesetzt werden.

Die Offenlegung der Empfänger von Agrarsubventionen könnte einen erheblichen Beitrag zur Verbesserung der Qualität der Agrarreformdebatte leisten. Die „Initiative für Transparenz bei EU-Agrarsubventionen“, ein Zusammenschluss von 36 Nichtregierungsorganisationen, sieht in der weitreichenden Transparenz - ausdrücklich auch aus Sicht bäuerlicher Erzeuger – nicht etwa eine Gefahr, sondern eine Chance um Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern darzulegen, wie staatliche Mittel sinnvoll, d.h. auch im gesellschaftlichen Interesse eingesetzt werden können. Allerdings muss die Politik dafür die richtigen Voraussetzungen schaffen!

Marita Wiggerthale

Referentin bei Oxfam Deutschland, Mitglied der „Initiative für Transparenz bei EU-Agrarsubventionen“

Neues Deutschland vom 14. September 2007